



Berlin, am 17. März 2022

Pressemitteilung Berufsverband der Präventologen e.V.

Repräsentative Allensbach-Umfrage zur Impfpflicht: Impfpflicht würde Impfquote so gut wie nicht erhöhen.

Nur 2 % der Ungeimpften würden sich impfen lassen, wenn Impfpflicht kommt, Impfpflicht hat keine Mehrheit bei <60-Jährigen.

In einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung durch das Allensbach-Institut findet sich keine Mehrheit für die Impfpflicht bei der jungen und keine eindeutige Mehrheit bei der mittleren Generation. Auf die Frage, ob sie sich im Fall einer Impfpflicht impfen lassen würden, sagen nur 2 % der Ungeimpften, sie würden dies tun. Die große Mehrheit will Bußgelder auf sich nehmen oder sich befreien lassen.

„Mit diesem Ergebnis der Allensbach-Studie wird klar, dass die Impfpflicht die erhoffte Wirkung, einer Steigerung der Impfquote, nicht erreichen kann. Die Impfquote aus Österreich, nach Einführung der Pflicht, belegt diese Realität zusätzlich“, kommentiert Dr. Ellis Huber, Vorsitzender des Berufsverbands der Präventologen, die Umfrage. 6 von 10 Ungeimpften würden die Impfpflicht durch Bußgelder oder Befreiungen unterlaufen, sollte sie denn kommen, 37 % haben sich noch nicht entschieden. Selbst wenn sich davon die Hälfte noch zur Impfung entscheiden würde, stiege die Impfquote nur um 1,7 % (laut Umfrage sind 11 % ungeimpft). „Dies zeigt, die Impfpflicht als Instrument ist ein Hammer, das Problem aber kein Nagel“, erläutert Huber, „sie macht das soziale Bindegewebe krank und produziert psychosozialen Stress“. Die Befragung vom Februar 2022 stützt sich auf 1.033 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. 85 % von ihnen sind vollständig geimpft, 70 % haben auch schon eine Auffrischungsimpfung erhalten. Auch der Berufsverband der Präventologen befürwortet die Impfung. „Wir setzen auf Dialog und Vertrauen und nicht auf Zwang. Wir müssen die Menschen vom Sinn und Nutzen der Impfung überzeugen, Druck verfestigt die Abwehr.“

Immerhin ein Viertel der *geimpften* Personen sprechen sich dezidiert gegen die Einführung einer Impfpflicht aus. Knapp die Hälfte der Bevölkerung bezweifelt, dass man eine allgemeine Impfpflicht durchsetzen und die Einhaltung kontrollieren könnte. Dazu kommen Zweifel an dem Sinn und dem Zeitplan einer Impfpflicht: 44 % der Bevölkerung sind überzeugt, dass auch eine allgemeine Impfpflicht in Deutschland nicht das Ende der Pandemie bedeutet, 34 % meinen, dass eine Impfpflicht keinen Sinn macht, wenn es ständig neue Varianten des Virus gibt. Hingegen zeigt sich in der Umfrage die Sprengkraft



einer staatlichen Pflicht zur Impfung: Knapp 7 von 10 Ungeimpften sagen, bei der Einführung einer solchen, würde ihr Vertrauen in den Staat leiden.

Die Meinungen zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht sind innerhalb der Bevölkerung nicht gleich verteilt. Während nur 40 % der 16 bis 29-Jährigen diese befürworten und 45 % sie ablehnen, ist die Zustimmung der Menschen über 60 Jahren mit 60 % am höchsten. Eine absolute Mehrheit für die Impfpflicht gibt es damit nur bei den über 60-Jährigen. Auch zeigen sich Unterschiede zwischen den sozialen Schichten: Deutlich weniger als die Hälfte der Menschen mit niedrigem Sozialstatus sprechen sich für eine Impfpflicht aus, während im bürgerlichen Milieu mit 55 % eine Befürwortung der Impfpflicht leicht überwiegt. Die Einführung einer Impfpflicht würde so auch insbesondere die unteren sozialen Schichten hart treffen. „Die sozialen Gegensätze und Konflikte werden verstärkt“, diagnostiziert Ellis Huber. Die Gesellschaft brauche eine heilsame politische Führung.

37 % der Bevölkerung fürchten eine Radikalisierung von Impfgegnern, 33 % empfinden schon die Diskussion über die Impfpflicht als schädlich, da sie die Gesellschaft spaltet. Gut jeder Dritte argumentiert auch grundsätzlich, dass der Staat die Bürger nicht zu einer Impfung verpflichten dürfe, da dies ihrer Meinung nach zu tief in die persönliche Freiheit eingreift.

„Die Ergebnisse zeigen, wie weit die Meinungen auseinandergehen, aber auch, dass Zweifel an der Durchsetzbarkeit besonders weit verbreitet sind“, so heißt es in der Schlussfolgerung des Allensbach-Institutes. Der Anteil der Bevölkerung, der von der Notwendigkeit einer Impfpflicht wirklich überzeugt ist, erweist sich als signifikant geringer als der Anteil, der in einer allgemeinen Impfpflicht keinen Königsweg aus der Krise erkennt und an der Durchsetzbarkeit sowie Sinnhaftigkeit einer Impfpflicht zweifelt.

All dies trägt dazu bei, dass die Mehrheit der Bevölkerung mittlerweile nicht mehr mit einer allgemeinen Impfpflicht rechnet. Nur 27 % erwarten, dass eine solche Impfpflicht beschlossen wird.

Die repräsentative Umfrage fragte auch nach der Akzeptanz der Entscheidung den Genesenenstatus von 6 auf 3 Monate zu verkürzen: nur 21,8 % der deutschen Bürgerinnen und Bürger halten dies für eine gerechtfertigte Entscheidung, 43,6 % halten sie für nicht gerechtfertigt und 34 % sind unentschieden.

Pressekontakt: huber@berlin.de

Telefon für Presseanfragen: +49 151 44813605

Anlage: Daten der Umfrage